



Nr. 184. Mittag-Ausgabe.

Nennundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewoldt.

## Deutschland.

Berlin, 17. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem bisherigen Minister des Innern, Staatsminister a. D. Grafen zu Eulenburg den Stern der Großkomtur des königlichen Hausordens von Hohenzollern und dem Staatsminister a. D., Ober-Präsidenten Dr. Achenbach den Robten Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub verliehen.

Se. Majestät der König hat den Staatsanwalt a. D. Schulze zu Posen zum Regierungsrath ernannt; und dem praktischen Arzt ic. Dr. med. Siegmayer in Berlin den Charakter als Sanitätsrath verliehen.

Der Kaiser und König hat dem Reichs-Bevollmächtigten für Böle und Steuern in München, Regierungsrath Gutsch, den Charakter als „Geheimer Regierungsrath“ verliehen.

Auf Grund des Artikels 6 der Verfassung sind von Sr. Majestät dem Kaiser, Könige von Preußen der Staatsminister und Minister des Innern Graf zu Eulenburg und der Staats- und Finanzminister Hobrecht an Stelle der aus dem Amt geschiedenen Staatsminister, des Vicepräsidenten des Staats-Ministeriums, Finanzministers Camphausen und des Ministers des Innern Grafen zu Eulenburg zu Breslau ernannt zum Bundesrat ernannt worden.

Dem Regierungsrath Schulze zu Posen ist die Stelle eines Mitgliedes der Provinzial-Steuer-Direction zu Posen verliehen. — Am Gymnasium in Arnswald ist der ordentliche Lehrer Dr. Hubert Brieden zum Oberlehrer befördert worden. Dem Abteilungs-Vorsteher im physiologischen Institute und Privat-Docenten bei der philosophischen Facultät der Universität zu Berlin, Dr. med. et phil. Eugen Baumann ist das Prädicat „Professor“ verliehen worden. — Dem Baurath und Mitgliede der Akademie der Künste in Berlin und Wien Julius Carl Raschdorff zu Köln am Rhein ist die Medaille „für Verdienste um die Gewerbe“ in Silber verliehen worden. — Der Rechtsanwalt und Notar von Goldkowitz in Trennen ist zum Rechtsanwalt bei dem Appellationsgericht in Posen und zugleich zum Notar im Departement desselben mit Anweisung seines Wohnsitzes in Posen ernannt worden. — Der Fürstlich Lippische Kreis-Thierarzt Wilhelm Busch zu Hunsdorf ist zum commissarischen Kreis-Thierarzt für die Kreise Meschede und Brilon, unter Anweisung seines Amtswohnortes in Meschede, ernannt worden.

[Allerbößter Erlaß, betreffend die Generalstabsstiftung. Vom 21. März 1878.] Auf Ihren Bericht vom 15. März d. J. will Ich hierdurch mit der Mir durch das Gesetz vom 21. Mai 1877, betreffend die Verwendung eines Teils des Neingewinns aus dem von dem Großen Generalstab redigirten Werke „der deutsch-französische Krieg 1870/71“ (Reichs-Gesetzbl. S. 523), zur Verfügung gestellten Summe von dreihunderttausend Mark eine Stiftung begründen, deren Erträge die Belohnung haben, im Interesse des Generalstabes des deutschen Heeres zur Förderung militärischer Zwecke und zu Unterstützungen verwendet zu werden. Ich verleihe dieser Stiftung auf Ihren Antrag den Namen „Generalstabsstiftung“ und erhebe dem anliegenden Statut derselben hierdurch Meine Genehmigung. Diese Meine Ordre und das Statut der Stiftung sind durch das Reichs-Gesetzblatt zu veröffentlichen.

Berlin, den 21. März 1878.

Wilhelm.

Fürst v. Bismarck. v. Kamele.

Berlin, 17. April. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] wohnte gestern der Prozessionsschau im Dome bei und besuchte heute das Augusta-Hospital. Beide Kaiserliche Majestäten werden sich morgen früh an der Feier des heiligen Abendmahl in der Kapelle des Kronprinzlichen Palais beteiligen.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] war gestern gegen Mittag die persönlichen Meldungen mehrerer Offiziere entgegen, empfing demnächst den Staatsminister a. D. und Ober-Präsidenten der Provinz Westpreußen, Dr. Achenbach, sowie um 4½ Uhr den Staatsminister von Blaow und Abends 8 Uhr den Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten, Dr. Friedenthal. Se. Hoheit der Erbprinz und Ihre Königliche Hoheit die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen kehrten Abends um 7½ Uhr nach Potsdam zurück.

(Reichsanz.)

○ Berlin, 17. April. Vorbereitung der Steuerprojekte. — Bundesratsitzung. — Dienstwohnungen für Eisenbahner. — Heizungsversuche auf dem „Nautilus“. — Schiffsahrtbewegung der deutschen Marine. —

Europäisches Reiches. — Graf Friedr. zu Eulenburg. — Die Mittheilung, daß in verschiedenen Ministerien

heute Steuerprojekte ausgearbeitet würden, beruht auf einem Mißverständnis; richtig daran ist, daß der Finanzminister Hobrecht allseitiger Vorbereitung des von ihm aufzustellenden Finanzplanes mit den verschiedenen Ministerien, deren Interessen bei der projectirten Reform in Betracht kommen, sich in Verbindung gesetzt hat, um sich über die betreffenden Bedürfnisse vollständig zu unterrichten. — In der heutigen Bundesratsitzung steht das Schreiben des Reichstagspräsidenten über Beschlüsse des Reichstages auf der Tagesordnung. Außerdem Berichte über die Abänderungen der Gemeindeordnung, welche Preußen für einige Paragraphen beantragt hat, über Petitionen gegen das Taubenschieten, endlich über Abänderung des Verfahrens zur Ermittelung der Frachtabgaben für die Beförderung von Postsendungen auf Eisenbahnen. — Der Handelsminister hat in einem Erlaß an die Eisenbahn-Directionen sich in Betreff der Dienstwohnungen dahin ausgesprochen, daß dieselben für bestimmte Dienststellen, ohne Rücksicht auf die Person des Inhabers, bestimmt sind. Es ist daher bei jeder Dienstwohnung die Bestimmung zu treffen, für welche Dienststelle sie zu verwenden sei und bei eintretendem Wechsel können also die Dienstwohnung nur demjenigen Beamten übergeben werden, der die betreffende Stelle inne hat. — Nach einem Bericht hat das Kanonenboot „Nautilus“ im Anfang d. J. auf der Heimreise Heizversuche mit verschiedenen Kohlenarten angestellt; hierbei hat sich ergeben, daß die japanische Taku-Kohle in Heizkraft gut zu bezeichnen ist und daß dieselbe bessere Resultate erzielen läßt als englische Wales-Kohle. Mit einer Mischung von % Wales-Kohle und % West-Hardley-Kohle sind die besten Resultate erzielt worden. Reine westfälische Kohle ist der reinen Wales-Kohle vorzuziehen. Deutsche Kohle hat überhaupt gute Resultate ergeben, nur liegt die Schlacke zu fest auf dem Rosse. Mit West-Hardley-Kohle vermischte, hat sich die deutsche Kohle gut bewährt. — Im Bezug auf die Schiffsbewegung der deutschen Marine in den letzten Wochen liegen folgende Berichte vor: Kanonenboot „Komet“ am 3. April in Konstantinopel, die Schiffe „Freya“ und „Hertha“ am 5. April in Smyrna, „Gazelle“ hat am 5. April von Smyrna Heimreise angetreten, der Aviso „Pomerania“ befindet sich wiederum Konstantinopel und die Kanonenboote „Drache“ und „Fuchs“ sind Wilhelmshaven ist Dienst gestellt. — Das Kaiserliche statistische Amt von dem Werk: „Statistik des Deutschen Reichs“ soeben den 28. 29. Band ausgegeben; der erste behandelt den Waaren-Verkehr

des deutschen Zollgebiets zur See; der letztere den Verkehr auf den deutschen Wasserstraßen, beides im Jahre 1876. Die umfangreichen Bände geben eine genaue Uebersicht der betreffenden Verkehrsverhältnisse. — Der frühere Minister des Innern, Graf Friedr. zu Eulenburg ist heute Morgen aus der Schweiz zurückgekehrt.

○ Berlin, 17. April. [Die Vorconferenz und die Mächte. — Der Beschuß der Nationalliberalen über die Tabaksequeste. — Der neue Reichseisenbahn-Gesetzentwurf. — Aus dem Bericht des Patentamts an den Reichskanzler.] Bemerkenswerthe Mittheilungen gehen uns über die Verhandlungen betreffs der Vorconferenz zu, die aber von den herkömmlichen Gebrechen „auseinandergehender Informationen“ auch nicht freizusprechen sind. Einerseits wird gemeldet, daß die Einigung der Mächte wegen der Vorconferenz als gesichert betrachtet wird und schon in einigen Tagen die Ausschreibung der Einladungen vorgenommen werden soll; dem ist befürchtet von offizieller Seite bereits widersprochen worden. Andererseits läßt man die Vorconferenzfrage noch nicht in dieses Stadium gerückt sein. Fürst Bismarck habe, so wird behauptet, nicht directe Verhandlungen über gewisse Punkte des Stefano-Vertrages mit den Cabineten von Petersburg und London gepflogen, sondern der ehrliche Makler bediene sich des Grafen Andrassy als Untermaukler, damit sich Deutschland in der Vermittelungsfrage nicht zu sehr exponiere. Eine dritte Person will sogar wissen, daß der Reichskanzler bereits seine Vermittelungsvorschläge zurückgezogen habe, weil die Spannung zwischen Russland und England so weit gediehen sei, daß überhaupt an eine Vereinigung auf bestimmte Punkte nicht mehr gedacht werden könne. Es bleibt hier genug eingeweihte Politiker, welche dieser Meldung die meiste Glaubwürdigkeit zuschreiben. Sie erklären geradezu, daß in Wien wie in London den Versprechungen Russlands in einer Weise mißtraut wird, welche die Vermittelungsversuche Bismarck's außerordentlich erschwert, wenn nicht unmöglich macht, denn in Wien verlangt man nach einem vorliegenden Berichte, daß das deutsche Cabinet für die russischen Zusagen besondere Bürgschaften leisten solle. Das ist eine Forderung, auf die man hier nie eingehen wird. Will sich Österreich oder England nicht in Special-verhandlungen und Separatabmachungen mit Russland einlassen, aus Furcht vor der allzu großen Gewandtheit der russischen Diplomatie, oder gar eines Vertragsbruches, so kann Deutschland dem nicht abhelfen. Ein vielgenannter deutscher Staatsmann sagte heute mit Bezug auf die sogenannte Forderung: „Bürgschaften müssen alle Mächte auf der Conferenz geben durch Schaffung eines neuen Vertrages.“ Zu einer europäischen Coalition gegen Russland darf sich Deutschland nicht verstehen und es wird am wenigsten die Hand zu geheimen Abmachungen bieten. Man darf nicht vergessen, daß am hiesigen Hofe in neuester Zeit mit einer gewissen Unruhe auf Frankreich geblieben wird, dessen auswärtige Angelegenheiten von Gambetta beeinflußt werden.“ — Der Beschuß der nationalliberalen Fraction des Reichstages, betreffs der Tabaksequeste wird im Lande verschieden beurtheilt. Namentlich aus den Kreisen der Interessenten gelangen Briefe hierher, welche sich nicht damit einverstanden erklären, daß der für die Enquête geforderte Credit bewilligt werde. Man begründet dies mit der Besorgniß, daß das Ergebnis der Enquête durch die von der Regierung dazu berufenen Organe so ausfallen wird, wie es die Monopolisten gebrauchen können, und daß dann einer solchen Thatsache gegenüber vorhergegangene Beschlüsse der Fraction nichts helfen. Diese Besorgnisse werden von den hier lebenden Führern der Fraction als unbegründet bezeichnet. Einer derselben legt uns dar, daß zwar in der betreffenden Fractionssitzung der Antrag des Vorstandes einstimmig angenommen worden ist, daß aber in der Discussion speziell betont wurde, es handle sich nicht um einen für die einzelnen Mitglieder bindenden Beschuß. Nun ist die Zusammenstellung der Parteien im Reichstage erfahrungsgemäß so geschlossen, daß 25—30 Stimmen der Nationalliberalen im Plenum den Anschlag geben. Es ließe sich zwar heute noch nicht bestimmten, wie groß die Zahl derjenigen Fractionsmitglieder sein wird, welche auch die Enquêtemittel nicht zu bewilligen geneigt sind. Aber gewiß ist es, daß die meisten süddeutschen Nationalliberalen und ein ansehnlicher Theil der Freihändler innerhalb der Fraction sich mindestens der Abstimmung enthalten werden. — Von einem den sachmännischen Kreisen des Eisenbahnen naherliegenden Abgeordneten erhalten wir über die leitenden Gesichtspunkte des Entwurfs eines neuen Reichs-Eisenbahn-gesetzes folgende Mittheilung: „Bei der Beratung des früheren Reichs-Eisenbahn-Gesetzentwurfs, welcher von dem damaligen Präsidenten des Reichs-Eisenbahn-amts, jetzigen Handelsministers Herrn Maybach, unter Beiziehung der Bundes-Staaten ausgearbeitet worden ist, bekanntlich die hauptsächlichste Schwierigkeit dadurch entstanden, daß dem Reich das unmittelbare Aufsichtsrecht eingeräumt wurde. Der neue, in der Ausarbeitung begüßte Eisenbahn-Gesetzentwurf soll das unmittelbare Aufsichtsrecht über die deutschen Privatbahnen dem Reich vindicieren. Den deutschen Staatsbahnen gegenüber soll das Aufsichtsrecht ein mittelbares sein, welches nur durch die Centralbehörde der Einzelstaaten zum Ausdruck zu gelangen hätte. Dieser Standpunkt ist staatsrechtlich der allein mögliche und der entgegenstehende, wie die früheren Differenzen über die Durchführung des unmittelbaren Aufsichtsrechts des Deutschen Reiches bei den Beratungen über den früheren Entwurf bewiesen, nur auf ein Misverständnis zurückzuführen. Die Verwaltung der deutschen Staatsbahnen wird zwar im Einzelnen durch die eingezogene Direction geführt; die verantwortliche Leitung für die Staatsbahnen steht zur Zeit überall den Centralbehörden der Einzelstaaten zu. Selbstverständlich entspricht dies der Thatsache, daß den deutschen Landtagen die Mitwirkung vermittelt des Staats zusteht und diesen gegenüber nur die Minister verantwortlich sein können. Der frühere Entwurf des Reichs-Eisenbahn-amtes hatte in Ansicht genommen, daß alle Verfugungen unmittelbar an die Staatsbahndirectionen zu richten seien. Man hat hierbei übersehen, daß in allen Finanzfragen die Directionen durch den Staat gebunden sind und Änderungen nur durch die Centralbehörden angeordnet werden können. Im Interesse der Sache ist zu bedauern, daß die mißverständliche staatsrechtliche Aussauffung des Eisenbahn-amtes im früheren Entwurf die irgende Meldung hat erzeugen helfen, als wäre es unmöglich, ein deutsches Reichseisenbahn-Gesetz zu Stande zu bringen und so zu den weiter geforderten praktisch und durchführbaren Ideen der Übertragung der deutschen Privatbahnen auf das Reich geführt hat. Die Gründungsnahme des neuen Reichseisenbahn-gesetzes kann nunmehr von den Privatbahnen mit Genugthuung be-

grüßt werden und es widerspricht auch nicht den Interessen der Einzelstaaten, daß die Aufsicht über alle deutschen Privatbahnen unmittelbar vom Staat geführt wird. Unter den Abgeordneten, welche sich für die Privatbahnen interessieren, weiß man bereits, daß auch von dieser Seite der Entwurf eines Eisenbahn-Gesetzes ausgearbeitet wurde, in welchem das Prinzip der unmittelbaren Aufsicht anerkannt worden ist. Die von offizieller Seite aufgestellte Behauptung, daß in dem neuen Gesetzentwurf durch die Aufnahme einer mittelbaren Aufsicht des Reichs über die deutschen Staatsbahnen ein Zugeständnis materieller Art den deutschen Einzelstaaten gewährt werde, kann nur auf die irrite Meinung über die Durchführung der Aufsicht zurückgeführt werden. — Mit lebhaftem Interesse ist in den weitesten Kreisen von dem Bericht des Vorstandes des Reichspatentamts, Ober-Regierungsrath Jacobi, an den Reichskanzler Notiz genommen worden, in welchem über die bisherige Thätigkeit des Patentamts Rechenschaft abgelegt wird. Der umfangreiche Bericht enthält außer anderen wichtigen Materien, auf die wir noch zurückkommen wollen, folgende Mittheilungen: Die Bekanntmachungen über die Anmeldung, Erteilung, Vergagung, Erlöschen, Zurücknahme, Nichtigkeitsklärung von Patenten, über deren Anfang und Ablauf werden in einer besonderen „Patentliste“ zusammengestellt und sollen dieser künftig von 4 zu 4 Wochen Sach- und Personen-Register, außerdem in größeren Zwischenräumen Übersichten über die ertheilten, in Wegfall gekommenen und noch bestehenden Patente beigegeben werden. Einen besonderen Theil des „Patentblattes“ bilden die „Patentschäften“. Für jedes Patent erscheint eine besondere Patentschrift, welche die Beschreibung und Zeichnungen, letztere in photolithographischem Abdruck enthalten. Zum Zwecke dieser Veröffentlichung sind die Patente in 89 Klassen getheilt. Die Kosten, welche für die Herausgabe der Patentschriften erwachsen, werden bedeutend sein. Das Patentamt hat die Vorschrift des § 19 des Gesetzes, wonach die Beschreibungen und die Zeichnungen in ihren wesentlichen Theilen durch ein amtliches Blatt veröffentlicht werden sollen, nicht anders verkehren zu dürfen geglaubt, als daß die Veröffentlichung vollständig nur unter Beglaßung unwesentlicher Bezeichnungen, theoretischer Betrachtungen u. s. w. erfolgen sollte; es haben dem Gesetzgeber offenbar die z. B. in England erfolgenden ähnlichen Publicationen der sog. Specifications vorgeschwebt. Namentlich durfte man sich nicht auf die Herausgabe neu redigirter, abgekürzter Beschreibungen und Zeichnungen beschränken. Es würde dann die Beschreibung, welche die zur Vorberatung des Gesetzes eingezogene Reichstag-Commission aussprach: hierbei könnten Irrthümer vorkommen und dadurch der Zweck der Publication, den eigentlichen Kern der Erfindung in weitesten Kreisen zur Kenntniß zu bringen, von ihrer Verwirklichung nicht fern gewesen sein. Bekanntlich erscheinen in auswärtigen Staaten derartige „Abridgements“, sie erscheinen aber neben den vollständigen Publicationen. Der Nutzen derselben ist nicht zu verkennen. Es ist der Versuch gemacht, die im Auslande amtlich erscheinenden Abridgments bei uns durch ein Privat-Unternehmen zu ersetzen; einzelne technische Zeitschriften versuchen das Project für ihr besonderes Gebiet zu verwirklichen. Es bleibt aber der Zweifel, ob die private Thätigkeit ausreicht, um dem Bedürfnis Genüge zu thun. Hat das Patentamt gleichwohl der Versuch widerstanden, mit einer entsprechenden Publication neben dem Patentblatt und den zugehörigen Patentschriften vorzugehen, so ist dasselbe wesentlich von der Erwagung geleitet worden, daß es vorläufig sich enthalten müsse, mehr zu übernehmen, als es durchführen könnte. Es kann von der neuen Behörde nicht erwartet werden, daß sie mit dem ersten Angriff ihrer Arbeiten Alles leiste, was gleiche Behörden des Auslandes erst nach langjährigem Bestehen und fester Gestaltung des regelmäßigen Geschäftsganges in Angriff zu nehmen im Stande waren. Zudem wird man erst des wirklichen Interesses der beteiligten Industrie sicher sein müssen, ehe man auf ein derartiges, unzweckhaft kostspieliges Unternehmen eingeht.

## Frankreich.

○ Paris, 15. April. [Grammont's Antwort auf die Enthüllungen des Prinzen Napoleon. — Ministerelles. — Jules Simon in Amiens. — de Keridec t. — Garibaldi. — Die katholische Bank. — Levy Bing.] Man erinnert sich des Artikels, welchen der Prinz Jerome Napoleon vor Kurzem in der „Revue des deux Mondes“ veröffentlichte und worin er den Nachwuchs zu führen suchte, daß es blos der clericalen Politik des Kaiserreichs zugeschrieben war, wenn Frankreich ohne Bundesgenossen den Krieg von 1870/71 führen mußte. Die Bonapartisten kündigten sehr bald nach dem Erscheinen jenes Artikels eine Engegnung des Herzogs von Grammont an. In der That hat der ehemalige kaiserliche Minister gleichwohl der Versuch widerstanden, mit einer entsprechenden Publication neben dem Patentblatt und den zugehörigen Patentschriften vorzugehen, so ist dasselbe wesentlich von der Erwagung geleitet worden, daß es vorläufig sich enthalten müsse, mehr zu übernehmen, als es durchführen könnte. Es kann von der neuen Behörde nicht erwartet werden, daß sie mit dem ersten Angriff ihrer Arbeiten Alles leiste, was gleiche Behörden des Auslandes erst nach langjährigem Bestehen und fester Gestaltung des regelmäßigen Geschäftsganges in Angriff zu nehmen im Stande waren. Zudem wird man erst des wirklichen Interesses der beteiligten Industrie sicher sein müssen, ehe man auf ein derartiges, unzweckhaft kostspieliges Unternehmen eingeht. Sie wurden zerissen durch unsere Niederlagen, welche es binnen wenig Tagen unter das Neveau hinabgeworfen haben, auf welchem die Bündnisse geschlossen werden und fortduern. Der Umfang dieses Briefes erlaubt uns nicht, auf die lange Auseinandersetzung des Herzogs von Grammont einzugehen. Interessant erscheint uns dieselbe nur insofern, als sich, wie der „Tempo“ mit Recht bemerkte, aus ihr, wenn man sie mit dem Artikel des Prinzen Napoleon zusammenhält, herauslesen läßt, daß unter dem Kaiserreich eine doppelte Diplomatie bestand. Neben und über dem Minister des Auswärtigen gab es intime und angesehene Räthe, welche der offiziellen Politik häufig entgegenarbeiten. Diese Thatsache wird freilich hier nicht zum ersten Male geschildert. — Man hat mit Unrecht angezeigt, daß der Marschall-Präsident diese Woche eine Reise machen werde; er wird sich vielleicht unmittelbar vor der Eröffnung der Ausstellung auf zwei Tage nach dem Louvre begeben, bis dahin aber in Paris bleiben. Der Minister de Marceau kehrt heute aus dem Orne-Departement zurück; morgen findet ein Ministerrath statt, in welchem, wie es heißt, über die gegen Paul de Cassagnac einzuleitende Verfolgung berathen werden soll. Möglicherweise dürfte der Finanzminister Léon Say dem Conseil die Rede unterbreiten, welche er in den nächsten

agen bei der Enthüllung der Statue des Nationalökonomie Bastiat Muynron zu halten wünscht. In dieser Rede erwartet man eine Programm der Regierung zu finden. Gestern hat Jules Simon einer Partei besuchten Versammlung zu Amiens eine politische Rede gehalten, die mit gewaltigem Enthusiasmus aufgenommen wurde. Den Vorsitz führte der Deputierte Goblet. Am Abend gaben die Republikaner von Amiens J. Simon ein großes Banquet. — Der Senator Ch. de Kéridé ist hier selbst gestorben. Er gehörte zu den hartägsten Legitimisten. Unter der Restauration trat er in die Magistratur ein (er war im Jahre 1804 geboren), gab aber im Jahre 1830 eine Entlassung, um nicht der Juli-Monarchie zu dienen. Nach der Februar-Revolution wurde er vom seinem Heimatdepartement Morbihan in die gesetzgebende Versammlung gewählt, wo er immer mit der Rechten stimmte. Das Kaiserreich gab ihm dem Privatleben zurück, aber nach dem Kriege erschien er in der Nationalversammlung. Die ganze legitimistische Kandidatenliste war in Morbihan, wie in der gesammten Bretagne durchgegangen. Seine Freunde versuchten 5 Jahre später vergebens seine Ernennung zum lebenslänglichen Senator durchzusetzen, aber die Delegierten des Morbihan wählten ihn in die obere Kammer. Wie die Dinge heute in dem Departement stehen, ist es sehr fraglich, ob der Nachfolger de Kéridé's ein Legitimist sein wird. Die Republikaner haben auch dort gewaltig an Terrain gewonnen. — Victor Hugo ließ letzter Tage durch den Dr. Ribot den alten Garibaldi zur Weltausstellung einladen. Der Einwohner von Capri antwortet bedauernd, daß er die Reise nicht machen könne. — Aus Algerien laufen immer dringendere Klagen über die Un Sicherheit der Landstrafen ein. Binnen wenigen Wochen sind von den Einheimischen zehn Attentate an Franzosen begangen worden. — Die Errichtung einer katholischen Bank in Marseille scheint bereits vollzogene Thatsache zu sein. Die Bank wird mit einem Kapital von 25 Millionen ausgestattet sein und den Titel Union générale führen. Als Mitglieder des Verwaltungsraths nennt man außer den Präsidenten, den Marquis de Ploeu, den ehemaligen Deputierten und Postdirektor des 16. Mai Léon Miant, den Herrn Fr. Borghese, Herzog von Romazzo, Gründbesitzer in Rom, den Grafen Damas, den Prinzen Giustiniani Bandini in Rom, den Vicomte Mayol de Lups, ehemaliger Chefredakteur der royalistischen „Union“ u. s. w., nicht zu vergessen Herrn Eug. Beuillot, den Bruder des großen Louis. Die Bank soll in Rom eine Zweigstelle haben. — Es heißt, daß der Banquier Levy Bing unter Anklage auf Vertrauensmisbrauch und Betrug verhaftet und im Gefängnis Mazas eingeschlossen worden ist.

Paris, 16. April. [Die Statue der Republik mit der phrygischen Mütze. — Der orientalische Conflict und Deutschland. — Zur Affaire Miribel.] Wie andere reactionäre Blätter, so sucht der „Français“ Capital zu schlagen aus dem Beschuß des Pariser Gemeinderaths, eine Statue der Republik mit der phrygischen Mütze errichten zu lassen. Er behauptet, daß dieser Beschuß in Paris eine große Aufregung und in den Provinzen einen namenlosen Schrecken hervorgerufen habe. Kurz, er bemüht sich, das rothe Geprägt, welches stark aus der Mode gekommen, wieder ein wenig zu Unsehen zu bringen. Die Gambetta'sche „République“ macht sich nicht wenig über diese gehuchte Furcht lustig und erklärt die Verfügung der Stadtverwaltung damit, daß kein einziges der bisher vorgelegten Modelle die Republik in hinreichend kennlicher Weise darstellt habe. Man habe also zu der phrygischen Mütze gegriffen, da diese ein aller Welt verständliches Symbol ist. Der Pariser Gemeinderath wollte den Künstlern nicht einen Vorwand bieten, ihm alle ihre Gereis, Bellonen, Morgen- oder Abendsterne, oder alle sonstigen bekleideten oder nackten Figuren, die ihnen auf Lager geblieben, bei dieser Gelegenheit zum Kause anzubieten. Sollte ein Künstler wirklich einen passenden Ausdruck der Republik ohne die phrygische Mütze finden, so wäre die vom Gemeinderath verfügte Einschränkung allerdings bedauerlich. Bis dahin aber hilft das Reden nichts. Man spricht von dieser Sache, schließt die „République“, in den Ateliers und sie liefert den Gegenstand zu den Declamationen einiger Blätter, denen die Republik in keiner Gestalt ein angenehmer Anblick ist. Aber die Stadt Paris ist nicht in Aufregung gerathen, in der Ausstellung ist nicht ein einziger Hammerstreich weniger geführt worden; kein Reisender hat daran gedacht, die Boulevards zu fliehen; die Departements haben ihre Reisevorbereitungen nicht eingestellt. — Aber es scheint uns, daß der „Français“ auf halbem Wege stehen geblieben ist. Er hat vergessen, uns von der Wirkung zu sprechen, welche dies Ereignis auf die europäischen Kanäle gemacht hat. Da er nun doch einmal seine Einbildungskraft angestrengt hat, so hätte ihn das nicht mehr gestört. — Die „Débats“ machen heute Deutschland dafür verantwortlich, daß der orientalische Conflict ungelöst bleibt; sie gehen dem Fürsten Bismarck zu Leibe, der seinen gewöhnlichen Schärffinn und Unternehmungsgeist, seine gewöhnliche Energie und Verwegenheit Angesichts der Ereignisse dieser letzten zwei Jahre nicht bekannt habe, wie denn alle seine gesagten Worte über die Orientfrage von den Thatsachen widerlegt worden seien. Nach der Meinung der „Débats“ hat der deutsche Kanzler offenbar Unrecht gehabt, sich auf den deutschen Standpunkt zu stellen. Er hätte die Interessen Europas und vermutlich auch die Sonder-Interessen Englands wahrnehmen sollen, ehe noch England selber sich aus seiner Schläfrigkeit aufzututte. Mit den meisten anderen Blättern sehen heute die „Débats“ die Lage sehr schwarz. Nur Deutschland, meinen sie, ist stark genug, um die Streitenden zum Einhalten zu bringen. „Grandeur oblige.“ Wenn Deutschland nicht auf den Anruf hört, welcher von allen Seiten an dasselbe gerichtet wird, wenn es den Dingen ihren Gang läßt, wird es sich dann nicht gegen die Hauptaufgabe jedes Volkes versündigt haben, welches sich über die anderen durch seine militärische und diplomatische Macht erhebt? Für die Gegenwart mag dieser Anruf gerechtfertigt sein. Die „Débats“ thäten nur gut, ihn nicht mit unstatthaften Bemerkungen betreffs der Vergangenheit zu begleiten. — Die Affaire Miribel ist noch nicht beigelegt. Das „XIX. Siecle“ glaubt zu wissen, daß die vielbesprochene Note der „Agence Havas“, welche nach der Behauptung des Amtsblattes weder vom Kriegsminister noch vom Generalstabs-Chef Miribel ausgeht, von einem höheren Offiziere des Kriegsministeriums abgesetzt worden ist und daß der General Miribel sie korrigirt und gerade die anstößigsten Stellen mit Bleistift hinzugefügt hat.

## Spanien.

Madrid, 15. April. [Aus Cuba.] General Jovellar berichtet aus der Havanna, daß sich bis zum 11. April von den Außständischen 564 Offiziere und 5877 Soldaten den Behörden gestellt hätten. Im Osten der Insel sei die Empörung vollständig erloschen, in den mittleren Thelen daure sie dagegen, wenn auch geschwächt, noch fort. Die „Epoca“ glaubt, daß Martinez Campos als Oberstaatsthalter auf Cuba verbleiben werde, sobald Jovellar von dort zurückkehrt. Die nach Spanien gebrachten Bandenführer haben größtentheils ihren Zwangsausenthalt in Cadiz, einen der angenehmsten Städte in Spanien, erhalten.

## Großbritannien.

London, 15. April. [Aus Indien.] Die „Times“ erfährt aus Calcutta vom 14. April, in Surat seien bei Gelegenheit einer neuen

Steuer ernste Ruheschrüttungen gewesen. Es mußte gesiekt werden; einer der Anführer ward getötet, mehrere verwundet. Auch in anderen Städten Indiens gab es Ruheschrüttungen. Die Volksstimme sei, so wird weiter gemeldet, durchaus nicht überall die wünschenswerthe. Das einheimische Heer werde wohl möglichst leisten können, denn es kann auf eine Million gebracht werden und übertrifft in Ertragung von Mühseligkeiten alle anderen Truppen in der Welt, aber es leide stark unter dem Mangel an britischen Offizieren. Das jetzige System mit einheimischen Offizieren sei kostbar, wertlos und sehr gefährlich. Das britische Parlament thue gut, sich baldigst mit der indischen Heeresverwaltung zu beschäftigen, da diese Frage nicht nur Lebensfrage sei für die Regierung Indiens, sondern auch in Zukunft die ganze Politik des Mutterlandes bestimmen werde. — Die indische Regierung hat den Rajah von Tuket wegen Mißverhaltens abgesetzt, sein Sohn wird ihm folgen.

## Österreichisch-Italien.

B. F. Bukarest, 15. April. (Von unserem Specialcorrespondenten.) [Zur Lage.] Immer drohender gestaltet sich die Situation für Rumänien. Das XI. und VII. russische Corps befinden sich im Anmarsche und bereits auf rumänischem Territorium. Fürst Karl soll entschlossen sein bis Karanzebes im Gebirge eine Aufstellung zu nehmen und der Gewalt zu trotzen, obgleich ihm im Ganzen nur einige 30,000 Mann zur Verfügung stehen, und Baron Stuart, der hiesige russische Consul wiederholt sehr bündige Erklärungen im Namen seiner Regierung abgegeben hat. Daher ist in allernächster Zeit starke Einquartierung für die Hauptstadt zu erwarten, ja wahrscheinlich sogar die Übernahme der Verwaltung. Minister Bratianu wird morgen hier zurückwartet, die großen Hoffnungen, welche man an seinen verlängerten Berliner Aufenthalt knüpft sind zum großen Theil entzweit, nachdem Russland als Antwort darauf mit Gewalt vorgeht. Auch in Berlin dürfte man sich eben kaum „erhöhen“ gerade wie in Wien für die Leiden und Drangsal der so unglücklich gelegenen Fürstenthümer, wenngleich man das schroffe Stadium, in welches das Verhältnis zu Russland getreten aufrichtig beklagen mag. Sein Redlichstes dürfte Bratianu gehabt haben um noch eine günstige Wendung der beinahe schon ganz verlorenen Sache herbeizuführen. Das Erste was ihn trotzdem hier erwarten wird, sind Vorwürfe und Anklagen über sein Unvermögen, die Lage Rumäniens im rechten Lichte darzustellen. Als wenn die Retrosktion Bessarabiens nicht eine schon längst beschlossene Sache gewesen wäre. Man wird kaum fehlgehen, diese Angelegenheit sogar bis auf die Berliner Dreikaiser-Zusammenkunft zurückzuführen. Rumänen wird noch Schmerzlicheres von dem Programm zu erfahren bekommen, welches Russland momentan im zweiten Theile durchzuführen. Auch der legte Trumpf des Fürsten Carl „die Abdankung“, dürfte gar keine Sensation mehr hervorrufen, leider nicht einmal Bedauern. — In der Kammer wird eine Interpellation an den Minister des Neuen gerichtet, in welcher die Frage gestellt werden wird, „ob die Regierung verharren würde, Russland Widerstand entgegenzusetzen und welche Maßregeln in diesem Falle zur Vertheidigung des Landes getroffen werden würden.“ Man ist im höchsten Grade gespannt, wie Herr Cogoloneanu sich dieser Interpellation gegenüber aussprechen wird. Der von Petersburg aus vorgeschlagene neue Militärvollmächtigte ist rumänischerseits abgelehnt worden, so daß Russland gezwungen wird, seine äußersten Mittel in Anwendung zu bringen. Die Sprache des hiesigen russischen Consuls, Baron Stuart, läßt absolut keinen Zweifel darüber, daß es der Regierung des Kaisers Alexander bitterer Ernst ist und keine bloßen Einschüchterungsversuche in Scene gesetzt werden. Kaum zu begreifen ist es, daß die Partei, welche offenen gewaltigen Widerstand predigt, mehr und mehr an Anhang gewinnt. Und ihren Einfluß auf den Fürsten gesteckt zu machen sucht. Man sagt: „Ja, die Waffenrede müßte getreten werden, man solle den Russen zeigen, daß nur mit Blut die Entwaffnung der kleinen Armee möglich sei!“ — Interessant ist in dieser Beziehung der Ausspruch eines höheren rumänischen Offiziers: „Wir werden unser Blut vergießen, das Volk wird sich von den Russen ruhig Alles gefallen lassen, ohne irgendwelchen Widerstand entgegenzusetzen. Am meisten sind die Büffetier empört über Russland; kommen jedoch seine Soldaten angerückt, dann ist Bukarest die allerwürdigste Stadt!“ — Die gesammte Presse mit nur einigen Ausnahmen heftet hierbei gehörig, gerade in letzter Zeit, nur scheint sie sich darin noch nicht klar zu sein, ob man gegen die Russen oder die eigene Regierung mehr aufzweigen soll. Vielleicht gelingt es Minister Cogoloneanu noch im letzten Moment, mit seinen Ratschlägen der Mäßigung durchzudringen und die Regierung auf dem einzigen richtigen Wege zu erhalten; doch schwinden hierfür die Aussichten von Tag zu Tag und die Schreiter bekommen Überwasser.

## Amerika.

St. Louis, 31. März. [Die Politik des Finanzsecretärs. — Schurz und die republikanischen Parteipolitiker.] Den „S. N.“ schreibt man von hier: Durch den Finanzsecretär Sherman, der eben auch ein Parteimann ist, werden der Circulation des neuen Silberdollars so viele Schwierigkeiten wie möglich in den Weg gelegt. Ich weiß nicht, ob er vielleicht dabei den Gedanken hat, daß, wenn der Cörlösungstermin herannahmt, er für Schatznoten Silber anbieten kann, was dann Niemand verlangen würde, aber ich sehe aus den schwachen Angriffen, die gegen die Politik des Finanzsecretärs gemacht werden, daß die Silberleute von der unbeherrschten Circulation des neuen Silberdollars schon jetzt die Erfolge nicht mehr erwarten, mit denen sie noch vor zwei Monaten so viele von ihren Anhängern festgehalten hatten. Man ist eben schon jetzt nur noch des Namens wegen Silbermann, gerade wie man, ohne sich um den Jubiläum des Parteidays zu kümmern, aus alter Gewohnheit Demokrat oder Republikaner ist. Denn es gibt in der That nicht mehr einen einzigen Parteiday, auf den gestützt eine große entscheidende Maßregel im Congres durchgeföhrt werden könnte. Über Alles und Jedes sind beide Parteien gleicher Gestalt getheilt, und nicht einmal eine große Aenderung im Tarife oder eine große Geldanlage z. B. für die Deiche und die Regulation des Mississippi, kann auf die Unterstüzung der großen Mehrheit, geschweige denn der Gesamtheit der demokratischen Partei im Congres rechnen. Es werden in den nächsten Sitzungen eine Anzahl unbedeutender Artikel von der Zollpflichtigkeit befreit werden; sobald diese Befreiung aber so weit ausgedehnt werden würde, daß sie den Charakter des Schatzolls aufweisen würde, würde es unfehlbar auf den bestigten Widerstand des größten Theils auch der demokratischen Partei stoßen, die doch einst ihren größten Ruhm in ihren Freihandelsgrundfächern gesessen haben wollte. Es röhrt dieses nicht von einer Umbildung der Parteidays her, sondern von der Alles verehrenden Corruption und von dem geringen persönlichen Kaliber der Männer, die heut zu Tage als Congremitglieder gewählt werden.

Die Steuerzahler und die Politiker wissen noch, zu welcher Partei sie gehören und mit welcher sie stimmen werden, aber sie wissen nicht mehr, welche Grundsätze ihre Partei vertritt und warum sie also mit ihr stimmen. In den Vereinigten Staaten kann irgend etwas Bedeutsames nur durch starke, sich ihrer Zwecke bewußte Parteien geschehen, und solche Parteien haben wir nicht. Dies wirkt auch auf die Stellung des Secretärs des Innern, des Herrn Carl Schurz. Herr Schurz ist die Zielscheibe der Bosheit aller starren republikanischen Parteipolitiker. Sie sagen, er habe die republikanische Partei zerstört und dies implicite einem schlechten Charakter. Haben sie ihn einmal so weit, so weit sie ihm vor, er sei auch nur ein unbeteiligter Beamter, ein Fremder, der nur auswärtige Ideen hier einbürgern will, ein Amtsträger und Amtsträger! Ein Mann, der ein Amt verlangt, weil er ihm vorstehen zu können glaubt, und der, wie Herr Schurz, auch jedes Amt, das er bisher innehatte, mit Einsicht und Ehrbarkeit bekleidet hat, ist kein Amtsträger. Herr Schurz steht als unbescholtener, unbeteiliglicher Charakter himmelhoch über den meisten seiner Gegner; er überträgt sie alle ohne Ausnahme an Bildung und an Beredsam-

keit reicht ihm keiner bis an die Hüften. Alle diese Anklagen sind daher unbegründet und geradezu lächerlich. Nur eine einzige ist gerecht, und würde sie Herrn Schurz von ehrlichen und gebildeten Gegnern seines Ranges — unverkennbar mit Bosheit, Lügen und Verleumdungen — gemacht, so würde sie außer von einer kleinen Clique von Angestellten von seinem eigenen einzischönen Manne im Lande widergesprochen werden. Herr Schurz ist nicht der Politiker seiner eigenen Theorie; seine politische Thätigkeit steht nicht auf der Höhe seiner Reden und schriftlichen Auffrage. Herr Schurz mag ein großer Politiker sein — er ist es nicht im amerikanischen Sinne des Wortes.

Der amerikanische Politiker — gerecht oder schlecht — weiß dieses, daß keine Reform von umfassender Bedeutung, eine Aufhebung der Sklaverei, Verwandlung des willkürlichen in ein systematisches Anstellungsweise, des Schatzolls in ein Revenue-Zollsystem, der Regeneration des gesamten Wahlsystems u. s. w., ohne den Rückhalt einer mächtigen Partei durchzusehen ist. Nun geriete sich Herr Schurz in seinen Reden und mehr noch in seinen verschiedenen Auftritten vor der letzten Wahl als ein Universalreformer der amerikanischen Republik. Er hätte es werden können, wenn er sich zu dieser Riesenarbeit auch den Menschen — eine neue Partei der Reformer — geschaffen hätte. Auf dem Wege der Entwicklung der amerikanischen Republik liegt ein kolossales Hindernis. Vor ihm steht, um die Arbeit eines ganzen Volkes zu thun, das dazu nicht erzogen worden ist, sie selbst zu thun, nicht etwa eine Partei, die das Volk als Hebel zu dieser Riesenarbeit benutzen will — sondern ein einzelner Mensch, Herr Carl Schurz.

Zweimal war Herr Schurz die Gelegenheit geboten, eine neue Partei zu gründen; das erste Mal in Cincinnati, als er sich in unbegreiflicher Ungefährlichkeit den alten bauerlichen Greeley statt des einzigen Staatesmannes von Bedeutung in der Union, des älteren Charles Francis Adams, unterstieben ließ; das zweite Mal, als er mit ebenso unbegreiflicher Inconsequenz plötzlich seine ganze in der Conferenz der fünften Avenue in New York gesammelte Stellung aufgab, sich wieder der republikanischen Partei anschloß, ja von ihrem Erwählten, den er kaum vier Wochen vorher gänzlich außer Frage gestellt, eine Stellung in sein Cabinet annahm. Beides läßt sich erklären, und auch von mancherlei Standpunkten aus, nur nicht von dem eines entschiedenen, willenskräftigen Politikers rechtfertigen. Denn das Beste, was künftig hier Herr Schurz auch thun könnte, waren isolirte, eng begrenzte Reformversuche, nicht aber die versprochene Reform an Haupt und Gliedern, die ausschließlich nur einer Partei, nicht einem einzelnen Bürger der Republik gelingen kann.

Genau ist Alles gekommen. Herr Schurz ist Sekretär des Innern, dort müht er sich persönlich — in der Controle seiner Untergesetzten und im Schutz des ihm anvertrauten öffentlichen Vermögens — ab, wohl wissend, daß der Wind seine Reformen verwehen wird, sobald er sein Amt verlässt, denn sie stehen vereinzelt da, sind nicht durch organische Gesetze gefestet, sondern nur das Ergebnis seiner persönlichen Wachsamkeit. Das Beispiel, wie sich ein wackerer Beamter — wie es deren in Deutschland hunderd tausend giebt — in Amerika benimmt, kann, aber es muß nicht gute Folgen haben. Jedenfalls war es, oder schien es in den Reden von Carl Schurz nicht darauf abgesehen, dem Lande nur dieses rein persönliche Beispiel zu geben, sondern man batte Grund und Recht zu der Annahme, daß es Herrn Schurz darum zu thun war, durch organisierte Bundesinstitutionen der Korruption zu steuern, die ganze Gelehrte in erlebter Weise fortzuentwickeln und dem öffentlichen Leben eine stützliche Grundlage zu geben.

Damit war es nichts. Das ganze Ergebnis der politischen Thätigkeit des Herrn Schurz ist eine tiefe Ernüchterung der republikanischen Partei und — die Besetzung des Postens des Secretärs des Innern im Cabinet mit einem rechtschaffenen, kennzeichnenden fleißigen und mutigen Schwimmer gegen den Strom.

Warum hat sich Herr Schurz für seine Pläne keine Partei geschaffen? Weil er — trotz aller seiner vielen vortrefflichen Eigenschaften — kein bedeutender, weitschreitender, renommierter Politiker ist, wie es die Gründer der republikanischen Partei z. B. gewesen sind. Eine neue Republikpartei, wie sie in Cincinnati und wie sie später in New York hätte gegründet werden können, hatte keine Aussicht auf Sieg in der ersten, vielleicht auch nicht in der zweiten oder in der dritten Nationalwahl. Außerdem hätte ihr schon der Umstand Schaden gehabt, daß sie von einem Fremde geboren gegründet worden wäre. Ja wenn auch niemals zur Herrschaft gekommen, so würde sie doch nach zwei bis drei Wahlkämpfen dergestalt geträfigt gewesen sein, daß sie sich mit der ihr am nächsten verwandten Partei in maßgebender Weise vereinigen könnte, während jetzt die Reformelemente in beiden Parteien wie verlorene Schafe unter Heerden wilder Thiere herumirren und nirgends Anhang finden.

Dies ist die Stellung des Herrn Schurz in den Vereinigten Staaten. Seine Wirksamkeit, die am Ende des Hehels einer Partei Vergegenstehen kann, ist die eines isolirten guten Beamten. Weiter nichts. — Einen Redner, wie Herrn Schurz, beträgt der Erfolg des Augenblicks, der Beifall, der ihm noch niemals versagt wurde, sobald er die Redebühne betrat. Er hatte inmitten der alten republikanischen Partei große Siege erzielt, und auch nichts zur Herrschaft gekommen, so wie sie doch nach zwei bis drei Wahlkämpfen dergestalt geträfigt gewesen sein, daß sie sich mit der ihr am nächsten verwandten Partei in maßgebender Weise vereinigen könnte, während jetzt die Reformelemente in beiden Parteien wie verlorene Schafe unter Heerden wilder Thiere herumirren und nirgends Anhang finden.

Dies ist die Stellung des Herrn Schurz in den Vereinigten Staaten. Seine Wirksamkeit, die am Ende des Hehels einer Partei Vergegenstehen kann, ist die eines isolirten guten Beamten. Weiter nichts. — Einen Redner, wie Herrn Schurz, beträgt der Erfolg des Augenblicks, der Beifall, der ihm noch niemals versagt wurde, sobald er die Redebühne betrat. Er hatte inmitten der alten republikanischen Partei große Siege erzielt, und auch nichts zur Herrschaft gekommen, so wie sie doch nach zwei bis drei Wahlkämpfen dergestalt geträfigt gewesen sein, daß sie sich mit der ihr am nächsten verwandten Partei in maßgebender Weise vereinigen könnte, während jetzt die Reformelemente in beiden Parteien wie verlorene Schafe unter Heerden wilder Thiere herumirren und nirgends Anhang finden. — Es schien ihm unwahrscheinlich, daß eine neue Partei so rasch stark werden würde, daß er ihre Triumphe bei seinen Lebzeiten hätte beobachten können. Und Herr Schurz bedarf seiner Charakteranlage nach Kampf und Sieg — Knall und Fall. Er hat seinen persönlichen Sieg, weil er vor der Thür seiner wartete, dem fernen Sieg seiner Sache vorgesogen — dies ist es, was ihm mit Recht von unabhängigen Beurtheilern vorgeworfen werden kann.

## Provinzial-Zeitung.

— d. Breslau, 17. April. [Bezirksverein der Schweidnitzer Vorstadt.] In der gestern Abend im Betsch'schen Saale abgehaltenen Versammlung, zu welcher auch die Stadtverordneten der Schweidnitzer-Vorstadt eingeladen waren, stand die Befreiung der Schulgeldfrage auf der Tagesordnung. Vom Stadtv. Storch wurde nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden, Rittergutsbesitzer Empner, eine jährliche Entlastung vorgelesen, daß er, obgleich er gegen die Erhöhung gestimmt, nach dem einmal gefassten Beschuß auf eine etwaige Agitation gegen den Majoritätsbeschuß nicht eingehen könne. Die Stadtverordneten Ließe, Bratorius und Wehlau moitierten ihre Abstimmung in der Stadtverordneten-Versammlung. Leichter betont namentlich, daß es illoyal sei, gegen den Majoritätsbeschuß zu agitieren. Geh. Medicinalrat Prof. Dr. Klopp zeigt in seinen Ausführungen, daß die Stadt ein Uebermaß für das höhere Schulwesen gethan habe. Es sei vielmehr Sache des Staats, sich seine höhern Beamten heranzubilden. Es komme bei dieser Frage gar nicht auf den finanziellen Punkt an, als vielmehr darauf, daß die Gymnasien entlastet werden, damit sie eine gebiegte gelehrte Bildung zu geben im Stande seien. Es werden gegenwärtig eine Masse Schüler auf die Gymnasien geschickt, welche höchstens bis zur Secunda gelangen und sich eine Bildung aneignen, welche sie ebenso und besser auf unser höhern Bürgerschulen erlangen können. Alle solche Schüler nehmen auf den Gymnasien nur Licht und Lust und auch Lernlust weg. Man müsse auch zugeben, daß immer meist doch nur Kinder von reicherer Leute, von Beamten z. c. die auf Gymnasien geben. Wie komme nun die große Menge der Kleriker dazu, durch ihre Steuern für die Ausbildung der besser situierten Kinder mit zu sorgen? Die Erhöhung des Schulgeldes sei eine Ausgleichung, die nach allen Seiten gerecht erscheine. Nach Beantwortung einer diesbezüglichen Frage wird über die Schulgeldfrage zur Tagesordnung übergegangen. — Bezüglich des Plakats für den Bau eines neuen Gymnasiums soll außer der Sadowastraße noch ein Platz auf den Leichäckern vorgeschlagen werden. Nach einer Mittheilung des Stadtv. Simson soll vom Chef unserer Communal-Berwaltung ein Bauplatz auf einem Theil des städtischen Packhofes in Aussicht genommen werden sein.

\* Breslau, 18. April. [Schluß.] Am 6. h. schloß Herr Dr. Neustadt den Cursus seiner ergetisch-homiletischen Vorträge im Böthka Midrasch (Frankfurter Hospital, Antonienstraße 8). Der Cursus der Vorträge für das Sommer-Semester beginnt am Sonnabend, den 20. h., Nachmittags 3½ Uhr in den Synagogen „zum Tempel“, Antonienstraße 30.

= In Bezug auf die Re

angegriffen und gemäß § 95 der Gewerbeordnung auf Entscheidung der Gemeindebehörde angetragten hat, ordnete die letztere die Abhaltung einer außerordentlichen Innungsversammlung an, in welcher zwar anerkannt wurde, daß der Obermeister sich keinen Verstoß habe zu Schulden kommen lassen, welcher seine Entbung vom Amt als solcher rechtfertige, gleichwohl im Übrigen bei dem früheren Besluß stehen geblieben wurde. Die demnächst vom Magistrat getroffene Entscheidung erhebt den Antragsteller einen Verweis wegen Pflichtverleugnung und bestätigte den zuletzt getroffenen Innungsbeschluß bezüglich der Wahl eines anderweitigen Vocals, indem sie jenen gleichzeitig die Herausgabe des Innungsvormögens zur Vermeidung administrativer Execution ausgab. Gegen diese Verfügung erhob der Obermeister Klage. Er bestritt dem Magistrat das Recht zur Erteilung eines Verweises an ihn und behauptete, daß er in dem Streit, welchen einige Innungsgenossen erst nach beendetem Ouartal provocirt, für die übrigen Gäste keine Partei nehmen müssen, weil diese sich im Rechte befunden hätten. — Das zur Entscheidung angewandte Bezirks-Verwaltungsgericht erachtete sich zur Entscheidung über die magistratische Verfügung, infowieweit sie die Erteilung eines Verweises betrifft, für incompetent, weil der § 187 des Zuländigkeitsgesetzes vom 26. Juli 1876 den Verwaltungsgerichten nur die Entscheidung von Streitigkeiten über die Aufnahme und Ausschließung von Innungsgenossen, über die Wahl der Innungsvorstände und die Rechte und Pflichten der Letzteren überwiesen habe. Die Frage, ob und inwieweit die Gemeindebehörden auf Grund des § 95 der Gewerbeordnung Disziplinarmaßregeln den Mitgliedern einer Innung gegenüber anzuwenden berechtigt sind, blieb also unentschieden. Im Übrigen wurde der Klageantrag zurückgewiesen. Die Beweisaufnahme habe, wie die Entscheidungsgründe aussöhnen, ergeben, daß die Frage, wo die Verfammlungen abgehalten werden sollten, eine statutarische Regelung erfahren und könne durch eine Änderung der Statuten anderweitig geregelt werden. Der in der außerordentlichen Innungssversammlung gefaßte Beschuß entspreche aber den Bestimmungen im § 92 der Gewerbeordnung, indem zu jener sämmtliche stimmberechtigte Genossen unter Bezeichnung des Gegenstandes der Berathung störlich eingeladen worden seien und der Beschuß die absolute Stimmennmehrheit der Anwesenden erhalten habe, und involviere daher eine Abänderung des Statuts. Der Bestätigung dieses Beschlusses seitens der höheren Verwaltungsbehörde habe es nicht bedurft. Daß die Berufung jener Versammlung und die Leitung der Verhandlung, anstatt durch den Obermeister oder dessen Stellvertreter, durch den Magistratsvorsitzenden erfolgt sei, rechtfertige sich mit Rücksicht auf die Parteistellung dieser Personen in dem obwalenden Conflicte. Hierauf läuft es also auf die Ursache der Beschlusshafung resp. auf die derselben vorangegangenen Streitigkeiten in dem Locale des Obermeisters gar nicht an.

**S Grünberg, 16. April. [Beschäftigungs-Anstalt.] — Ehren-Diplom. — Gewerbeverein. — Stille.** Die hiesige Kinder-Beschäftigungs-Anstalt hat ihren Jahresbericht herausgegeben, durch den ein erfreulicher Zustand der Anstalt constatirt wird. Die Zahl der Kinder hat sich gegen das Vorjahr vermehrt und beträgt ca. 65, so daß das Bedürfnis wohl vorhanden ist, Kinder armer Eltern zur regelmäßigen Arbeit anzuhalten, die ihnen einen kleinen Verdienst gewährt. Die Beschäftigung der Mädchen besteht hauptsächlich im Nähen, die der Knaben im Federkleinen, Dötenkleben, Wollseilen. Wir möchten den so eifrigsten Vorstand der Anstalt dringend darauf aufmerksam machen, ob es nicht möglich ist, nach dem Vorbilde der dänischen Arbeitschulen, wie eine solche ja auch in Berlin besteht, die dort gepflegten Arbeitswege, wie Einlege-, Holzsäge-, Buchbindarbeiten, auch in hiesiger Anstalt zu versuchen. Die Jünglinge würden eine größere Geschicklichkeit, auch vermehrte geistige Anregung erlangen, als durch Dötenkleben etc. Eine Werbung der hergestellten Arbeiten würde sicher ermöglichen lassen, so durch einen Weihnachtsverkauf derselben. — Der Gewerbe- und Gartenbauverein hat Herrn Geh. Reg.-Rath, Abgeordneten Jacobi in Liegnitz in Anbetracht der Bemühungen desselben um Grünberg im Allgemeinen wie um den Verein im Besonderen zum Ehrenmitglied ernannt, und ist das betreffende Diplom in recht geschmackvoller Weise von der Söderström'schen Druckerei hergestellt worden. Die Gartenbauhalle des Vereins, um deren Zustandkommen sich Herr Geh. Rath Jacobi besonders bemüht hat, ist während des ganzen Frühjahrscurius sehr stark, oft von über 70 Bühdern besucht worden. Im August werden die Curse fortgesetzt, doch finden auch in der Zwischenzeit öfters Zusammentreffen statt, um den Versuchsgarten zu besuchen, sowie auch die Versuchsgärthe zu prüfen. Der obige Verein ist nunmehr Mitglied des Schlesischen Centralgewerbe-Vereins geblieben, nachdem man dort von dem Beschuß vorläufig Abstand genommen hat, einen dreisach erhöhten Beitrag von den Vereinen zu erheben. Über den Verbleib des Kreisgerichtsrath Stille ist man noch immer im Unklaren. Von Hamburg aus ist vor ca. 10 Tagen ein recommandirter Brief mit einer Einlage von 1000 M. an einen Verwandten des Einflohenen in Straßburg angelommen, der nur den Namen der Frau enthielt, für die die Einlage bestimmt sei. Der Brief ist natürlich von den Verwandten sofort dem Gerichte zugeschickt worden.

**Sprottau, 16. April. [Jubiläum. — Stadtverordneten-Sitzung. — Inspektion. — Gewitter.]** Vorige Woche feierte Herr Organist Nitsch hier selbst sein 50jähriges Lehrerjubiläum. Schon am frühen Morgen brachte ihm die hiesige Stadtkapelle ein Standchen, an das sich bald der Festgefängnis seiner Schülerinnen: „Hebe deine Augen auf zu den Bergen!“ von Mendelssohn-Brahms, reichte. Gleichzeitig überreichten die letzteren als Festgeschenk eine Kette. Die Knaben der obersten beiden Klassen brachten ihm einen mit Blumen geschmückten Blumentisch. Von der Stadt erhielt er eine goldene Uhr. Die goldene Uhrlette, sowie eine prächtige Stuhfessel hatte ihm vorher eine Deputation früherer Schülerinnen überreicht. Seine Collegen, denen der Jubilar stets ein vorzügliches Beispiel des Weiterstrebens und der Lehrerfreudigkeit war, und noch ist, bescherten ihm mit einem kostbaren Regulator, einer Bismarckuhr und einer geschliffenen Kette mit vergoldetem Deckel. Ferner brachte eine Deputation des Gemeinde-Archivrats, das Lehrerkollegium der Realsschule, sowie das der katholischen Stadtschule dem Jubilar die herzlichsten Glückwünsche. Der Festgottesdienst begann um 10 Uhr. Die Festrede hielt Herr Superintendent Winter. Nachdem der Jubilar geehrt worden war, überreichte ihm Herr Superintendent Winter den ihm von Sr. Majestät verliehenen Adler der Inhaber des Hohenkollegiums Haussordens. Am Nachmittage fand zu Ehren des Jubilars im Hotel zum grünen Löwen ein Festdiner statt. — In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurden die austcheidenden Rathsherrn Lamprecht, Greiner und Knoblauch wiedergewählt. Von der Erwerbung des einen Theiles des Greifchen Grundstückes zur Verbreiterung der Postgasse nahm Versammlung Abstand, da Herr Hotelbesitzer Krüderberg dafür 15,000 Mark fordert. Von Seiten der Stadt waren ihm für die abzutretende Fläche ungefähr die Hälfte des ganzen Grundstückes, 9000 Mark und die Beneficien für das Hinterhaus offeriert worden. Von einer Verbreiterung der Postgasse muß deshalb Abstand genommen werden. Dem städt. Förster Leder wurden auf Grund eines Stadtverordneten-Beschlusses vom Jahre 1865 für die Errichtung eines Bildner beim Legen von Schlingen 60 Mark Remuneration bewilligt. Desgleichen erhielt Herr Rathsgärtner Singewald für seine Mühewaltung als Verwalter des Holzhauses für seine Amtsdauer eine, widerwillige Remuneration von 300 Mark pro anno. — Heute inoffizielle Herr Brigadier-General von Scheliha die hiesigen beiden Abteilungen des Niedersächsischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 5 und soll sicherem Vernehmen nach seine große Zufriedenheit mit den vorgeführten Leistungen ausgesprochen haben. — Abends zog ein heftiges Gewitter, von Westen kommend, über unsere Stadt. Jetzt ist die Temperatur äußerst angenehm, so daß, wenn nicht während der Nacht ein Rückschlag eintritt, die Vegetation sich morgen sehr entfaltet haben wird.

**L. Liegnitz, 17. April. [Tagesneuigkeiten.]** Vorigen Sonntag fand in der hiesigen Laubstummen-Anstalt das 100jährige Jubiläum der Gründung der ersten Laubstummen-Anstalt Deutschlands statt, wozu sich außer dem Lehrer-Collegium und den Jünglingen der Anstalt eine große Anzahl erwachsener Laubstummer von hier und der Umgegend, Mitglieder des Curatoriums und Freunde der Anstalt eingefunden hatten. Die Theilnehmer dieser Feierlichkeit wohnten am Nachmittage der Confirmation der Anstalts-Jünglinge bei. — An demselben Tage wurde hier wieder einmal nach längerer Pause eine socialdemokratische Volksversammlung abgehalten, in welcher Herr Schuhmacher aus Breslau über das Thema: „Das Programm der christlich-socialen Partei gegenüber der Socialdemokratie“ sprach. Die stark besuchte Versammlung schloß unter stürmischen Hochrufen auf die Socialdemokratie. — Der Verwaltungs-Rat des hiesigen evangelischen Vereinshauses hat den Dom-Hilfs-Prediger Meyer in Berlin zum Vereinshauses-Geistlichen berufen und wird der Wählte Mitte Mai sein Amt antreten. — Der in einer hiesigen Pianoforte-Fabrik beschäftigte Maschinenheizer Müller wollte gestern Mittag in einer Sandgrube einen Stein sprengen. Da die Explosion nicht bald erfolgte, trat Müller den Stein heran und in demselben Augenblick entlud sich die Sprengladung und verleerte den Unborschtigen an den Händen und im Gesicht so lebhaft und verleerte den Unborschtigen an den Händen und im Gesicht so lebhaft, daß seine Unterzung im städtischen Krankenhaus erfolgen ließ. — Zur Ertüchtigung verschiedener Vorlagen ist der Kreistag auf den

30. April zusammen berufen worden. — Die diesjährige Generalversammlung der Brau-Commune, welche vor einigen Tagen stattfand, setzte die an 366 Brauberechtigten zu zahlende Dividende für das Geschäftsjahr 1877 auf 18,000 M. fest. Zu Repräsentanten der Braugenossenschaft wurden die Herren Kaufmann Cohn und Conditor Feige gewählt. — Der Technische Verein schloß am 13. April seine Sitzungen mit einem Vortrage des Herrn Prorektor Reich über „die Infectenwelt“. — Heute wurden die hiesigen Garnison-Anstalten durch den Oberst Sandahl aus dem Kriegsministerium inspiziert. Gestern hörten wir in der Nähe des Schießhauses die erste Nachschall. — Der 23 Jahre alte Sohn des Gütsbesitzers Bugehr zu Bienonik, hiesigen Kreises, trat vor mehreren Wochen von hier aus eine Reise mit der Eisenbahn an. Ohne daß derselbe das Ziel dieser Reise erreichte, ist er seitdem spurlos verschwunden. Die betroffenen Eltern bitten alle, die über den verschollenen Auskunft ertheilen können, ihnen Nachricht zuzutragen zu lassen.

**X. Neumarkt, 17. April. [Tageschronik.]** Die Wärme der letzten Tage hat die Knospenhüllen der Kirschbäume zum großen Theil gesprengt und sie zum Blühen gebracht. — Die in hiesigen Schulen vorgenommenen Schulprüfungen ergaben im Allgemeinen, wie im Einzelnen, ein sehr gutes Resultat. Verschiedene Prämien für besondere Fleiß fanden zur Vertheilung. — Der hochberedte Professor Dr. v. Siebold in München, feiert am 22. d. M. sein 50jähriges Doctor-Jubiläum. In Anerkennung seiner vielen Verdienste auch um die Bienen-Cultur hat der Vorstand des Schlesischen General-Vereins der Bienenzüchter eine Gratulations-Adresse anfertigen lassen, welche der hiesige Zeichner Max Warlotzki ausgeführt und die Mappe der Buchbindemeister Hiller von kirchrotem Sammet mit reicher Goldverzierung prächtig angefertigt hat.

## Handel, Industrie &c.

**Berlin, 17. April. [Börse.]** Im weiteren Verfolg ihrer gestern an dieser Stelle einzige Position verharrte auch die heutige Börse in großer Geschäftsstille. Wie weit die Börse in ihrer augenblicklichen Gleichgültigkeit gegen die politischen Nachrichten geht, beweist der Umstand, daß die heute vorliegenden günstigen Meldungen durchaus einflußlos blieben. Ja selbst die besseren Notirungen der auswärtigen Plätze fanden keine Beachtung. — Der hochberedte Professor Dr. v. Siebold in München, feiert am 22. d. M. sein 50jähriges Doctor-Jubiläum. In Anerkennung seiner vielen Verdienste auch um die Bienen-Cultur hat der Vorstand des Schlesischen General-Vereins der Bienenzüchter eine Gratulations-Adresse anfertigen lassen, welche der hiesige Zeichner Max Warlotzki ausgeführt und die Mappe der Buchbindemeister Hiller von kirchrotem Sammet mit reicher Goldverzierung prächtig angefertigt hat.

per Mai-Juni 6, 55 Gd., 6, 60 Br. Mais, Banat, per Mai-Juni 7, 28 Gd., 7, 32 Br. Wetter: Trüb.

**Paris, 17. April. Nachm. [Producenmarkt.]** (Schlußbericht.) Weizen behauptet, pr. April 32, 50, per Mai 32, 50, per Mai-August 32, 25, per Juli-Aug. 32, 00. Mehl behauptet, pr. April 67, 50, pr. Mai 67, 50, per Mai-August 67, 50, pr. Juli-August 67, 25. Rübel matt, per April 95, 00, per Mai 95, 25, per Mai-August 95, 00, per September-December 92, 75. — Spiritus steigend, pr. April 60, 25, per Mai 60, 50. — Wetter: Schön.

**Paris, 17. April. Nachm. Robzuder behauptet, Nr. 11/13 pr. April pr. 100 Algr. 58, 00, Nr. 5 7/9 pr. April pr. 100 Kilogr. 64, 00. Weißer Zuder behauptet, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. April 67, 75, per Mai 68, 00, pr. Mai-August 68, 00.**

**London, 17. April. Habannazader fest.**

**Antwerpen, 17. April. Nachmittags 4 Uhr 30 M. [Getreidemarkt.] Geschäftsstill.**

**Antwerpen, 17. April. Nachmittags 4 U. 30 M. [Petroleummarkt.]** (Schlußbericht.) Raffineries, Type weiß, loco 27 bez. u. Br., per April 27 Br., per Mai 26½ Br., per September 28½ Br., per September-December 28½ Br. Matt.

**Bremen, 17. April. Nachm. Petroleum matt. (Schlußbericht.) Standard white, loco 10, 35, per Mai 10, 45, pr. Juni 10, 60, pr. Septbr. 11, 15, per August-December 11, 30.**

**Elberfeld, 17. April. [Die Einnahmen der Bergisch-Märkischen Eisenbahnen] betragen im Monat März d. J. 4,328,233 M. gegen 4,383,459 M. im Monat März 1877, mithin Mindereinnahme 55,226 M. Die Einnahmen der Ruhr-Sieg-Eisenbahn incl. Finnentrop-Oppen betragen im Monat März d. J. 508,263 M. gegen 532,119 Mark, mithin Mindereinnahme 23,856 M. Die Einnahmen der Bergisch-Märkischen und der Ruhr-Sieg-Eisenbahn zusammen betragen im Monat März d. J. 4,836,496 M. gegen 4,915,578 M. im Monat März 1877, mithin Mindereinnahme 79,082 M.**

**Die Einnahmen der Bergisch-Märkischen Eisenbahn und der Ruhr-Sieg-Eisenbahn zusammen betragen vom 1. Januar bis ult. März d. J. 13,726,210 Mark gegen 13,667,956 M. in dem gleichen Zeitraum des vorigen Jahres, mithin Mehreinnahme 58,254 M.**

**Berlin, 17. April. [Producten-Bericht.]** Das Wetter ist sehr warm, fast schwül und unbeständig. — Roggen wurde heute ziemlich reichlich angeboten und da es andererseits nur schwächerer Käufer für Termine gab, kam es zu größerem Umsatz erst, nachdem die Forderungen erheblich ermäßigt worden. Ware ist wenig beachtet und in den geringen Qualitäten äußerst schwer unterzubringen. — Roggenmehl etwas matter. — Weizen eröffnete matt, bei durchaus spärlichem Angebot befestigte sich die Haltung aber bald wieder. Besonders nahe Lieferung macht sich knapp und galt schließlich eher noch mehr als gestern. — Hafer loco matt. Termine verschärfte. — Rübel flau und etwas billiger verläuft. Wenig Angebot genügte um auf die Preise zu drücken. — Petroleum matt. — Spiritus ohne wesentliche Änderung. Die anfänglich matte Haltung wurde dadurch bestätigt, daß die Kündigungen heute endlich in feste Hände gelangten.

**Weizen loco 185—230 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber märkischer — M. ab Bahn bez. bunt poln. — M. gelber russischer — Markt ab Bahn bez., per April-Mai 213½—216 M. bez., per Mai-Juni 214—216½ Markt bez., per Juni-Juli 216—217½ Markt bez., per Juli-August 213—214½ Markt bez. Gef. 1000 Gr. Kündigungspreis 214½ M.**

**Roggen loco 130 bis 153 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, defekt russ. — Markt bez., russ. 130—137 Markt bez., fein. russ. 138—140 Markt bez., inländ. 140—147 Markt, exquisit inländ. 151 M. ab Bahn bez., per Frühjahr 148½—147—148 Markt bez., per Mai-Juni 145—144½ bis 145½ Markt bez., per Juni-Juli 145—144½—145 M. bez., per Juli-August 145½—145 Markt bez., per September-October — M. bez. Gef. 43,000 Gr. Kündigungspreis 148 Markt.**

**Häfer loco 100 bis 165 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westl. 125 bis 138 M. bez., russ. 115—137 M. bez., pomm. 130 bis 137 M. bez., schlesisch 130—138 Markt bez., böhmisch 130—138 Markt bez., feiner weißer russischer 145—150 Markt ab Bahn bez., per Frühjahr 135 Markt bez., per Mai-Juni 136½ Gd., per Juni-Juli 138½ bez. Br., per Juli-August 140 Markt bez., per September-October — M. bez. Gef. 43,000 Gr. Kündigungspreis 135 Markt.**

**Roggenmehl 100 bis 165 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, defekt russ. — Markt bez., russ. 130—137 Markt bez., fein. russ. 138—140 Markt bez., inländ. 140—147 Markt, exquisit inländ. 151 M. ab Bahn bez., per Frühjahr 148½—147—148 Markt bez., per Mai-Juni 145—144½ bis 145½ Markt bez., per Juni-Juli 145—144½—145 M. bez., per Juli-August 145½—145 Markt bez., per September-October 20,35—20,40 Markt bez., Gef. 500 Centner. Kündigungspreis 19,85 Markt — Rübel pro 100 Kilo.**

**Br. Nr. 0 und 1: incl. Sad per April 19,85 M. bez., per April-Mai 19,85 Markt bez., per Mai-Juni 19,95—19,90 Markt bez., per Juni-Juli 20,15 M. bez., per Juli-August 20,25—20,30 M. bez., per August-September — M. bez., per September-October 20,35—20,40 Markt bez., Gef. 500 Centner. Kündigungspreis 19,85 Markt — Rübel pro 100 Kilo ohne Fas 66,5 Markt bez., mit Fas — M. bez., per April 67—68 Markt bez., per April-Mai 67—68 M. bez., per Mai-Juni 66,7—66,5 Markt bez., per Juni-Juli — M. bez., per Juli-August — M. bez., per September-October 65 M. bez., per November-December — M. bez. Gef. 500 Centner. Kündigungspreis 19,85 Markt — Rübel pro 100 Kilo incl. Fas 23,6 M. bez., per April 23,1 M. bez., per April-Mai — Markt bez., per Mai-Juni — Markt bez., per September-October 24,9—24,8 Markt bez., per October-November — M. bez. Gef. 500 Centner. Kündigungspreis — Markt.**

**Spiritus loco „obne Fas“ 51 Markt bez., per April 50,6—51 M. bez., per April-Mai 50,6—51 Markt bez., per Mai-Juni 50,8—51,1 M. bez., per Juni-Juli 51,9—52,2 Markt bez., per Juli-August 53—53,2 Markt bez., per August-September 53,7—54 M. bez. Gef. 200,000 Liter. Kündigungspreis 50,8 Markt.**

# Breslau, 18. April, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markt war die Stimmung für Getreide sehr ruhig, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.

**Weizen, zu hohe Forderungen erschwerten den Umsatz, pr. 100 Kilogr. schlechter weißer 18,80 bis 20,40—21,40 Markt, gelber 18,60—19,50 bis 20,70 Markt, feinste Sorte über Notis bezahlt.**

**Roggen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. 12,60—13,70 bis 14,00 Markt, feinste Sorte über Notis bezahlt.**

**Gerste ohne Änderung, pr. 100 Kilogr. neue 13,30—14,50 Markt, weiße 15,40—16,40 Markt.**

**Hafer gut preishaltend, pr. 100 Kilogr. neuer 11,10—12,30—13,00 bis 13,50 Markt.**

**Mais ohne Änderung, pr. 100 Kilogr. 11,00—12,00—13,00 Markt.**

**Erbsen schwächer angeboten, pr. 100 Kilogr. 14,00—15,00—17,00 Markt.**

**Bohnen gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 19,00—19,50 bis 20,00 Markt.**

**Lup**

# Berliner Börse vom 17. April 1878.

## Fonds- und Gold-Course.

	Wechsel-Course.			
Deutsche Reichs-Anl.	4	96,40	bzG	
Consolidierte Anleihe.	4	105,10	bz	
do. do. 1878	4	96,40	bz	
Staats-Anleihe . . .	4	96,10	bz	
Staats-Schuldscheine	3½	92,20	bz	
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	137,70	bz	
Berliner Stadt-Oblig.	4	102,20	bz	
Berliner . . . .	4	101,50	bzB	
Pommersche . . .	3½	83,60	bz	
do. do. 4	95,30	G		
Landschafts-Ord.	4	102,25	bzG	
Pommersche neu . .	4	101,75	G	
Schlesische . . . .	3½	94,70	bz	
Landschafts-Central	4	94,90	bz	
Kur. u. Neumärk.	4	96,30	bz	
Pommersche . . .	4	96,30	bz	
Posensche . . . .	4	96	bz	
Preussische . . . .	4	95,80	bz	
Westfäl. n. Ehein.	4	98,50	bz	
Sächsische . . . .	4	97,00	bzB	
Schlesische . . . .	4	96,50	bz	
Badische Präm.-Anl.	4	118,60	bzG	
Bayerische 4% Anleihe	4	120,50	bz	
Cöln-Mind. Prämienj.	3½	111,50	bzG	
Sächs. Mindest von 1876	3	72,90	B	
Kurf. 40 Thaler-Loose	242,00	B		
Badische 33 Fl.-Loose	135,30	bz		
Braunschw. Präm.-Anleihe	32,00	B		
Oldenburger Loose	138,00	etbzB		
Ducaten 9,00 bz	Dollars —			
Sover. —	Oest. Ekn. 166,70	bz		
Napoleons 16,25 bz	do. Silbergld. 176,95	bz		
Imperials —	Russ. Ekn. 195,75	bz		

## Hypothenken-Certificate.

	Eisenbahn-Stamm-Actionen.			
Krupp'sche Partial-Ob.	5	107,50	bzG	
Gak. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	95,00	bzG	
do. do. 5	101,50	bzG		
Deutsche Hyp.-B.-Pfd.	4½	94,50	bz	
do. do. 5	100,20	bz		
Gündbr. Cent.-Bd.-Cr.	4½	100,50	G	
Unkünd. do. (1872)	5	101,90	bz	
do. rückz. 110	5	106,50	bz	
do. do. 4½	84,90	bzB		
Gak. H. Pr. Bd.-Crd. L.	5	—		
do. II. Em. do.	5	101,25	bzG	
Gündbr. Hyp.-Schuld. do.	5	100	bz	
Gyp.-Anth.-Nord.-G.C.B.	5	91,75	bz	
do. do. Pfandbr.	5	97,50	B	
Pomm. Hyp.-Briefe.	5	94,00	B	
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	105,00	bzB	
do. II. Em. 5	106,30	B		
do. 50% Pr. Kzls. m. 110	5	105	bz	
do. 4½ do. m. 110	4½	92,58	bzG	
Meiningers Präm.-Pfd.	4	104,80	bz	
Oest. Silberpfandb.	5½	—		
do. Hyp.-Crd.-Pfd.	5	—		
Gak. Oest.-Rd.-Gr.-Ge.	5	—		
Schles. Bodenr.-Pfd.	5	98,10	G	
do. do. 4½	93,25	G		
Güdd. Bod.-Crd.-Pfd.	5	102,60	G	
do. do. 4½% 4½	98,38	G		
Wiener Silberpfandb.	5½	—		

## Ausländische Fonds.

	Bank-Papiere.			
Oest. Silber-B. (1.1.-7.4)	54,20	B		
do. 14½-10	54,23	G		
do. Goldrente . . . .	4	69,00	bz	
Papierrente . . . .	4½	51,00	bzG	
do. 5½ Präm.-Anl.	4	—		
do. Lott.-Anl. v. 60	5	101,50	bz	
do. Credit-Loos.	fr.	286,00	G	
do. do. Loose . . . .	fr.	244	bz	
Zass. Präm. Anl. v. 64	5	139,10	bz	
do. do. 1865	5	138,10	bz	
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	68,80	bzG	
do. Cent.-Bod.-Or.-Pfd.	5	70,60	bz	
Zass.-Poln. Schatz-Ob.	5	76,80	bz	
Poln. Prindb. III. Em.	5	61	bz	
Poln. Liquid.-Pfandb.	5	63,90	bz	
Amerik. rückz. p. 1881	6	103,25	bz	
do. do. 1888	5	—		
do. 50% Anleihe . . . .	5	101,50	bz	
Ital. neue 50% Anleihe	5	71	B	
Ital. Tabak-Oblig.	5	101,80	bz	
Zab.-Grazer 100 Thlr.	4	68,20	bzG	
Zumäische Anleihe . .	5	—		
Türkische Anleihe . .	5	8,40	B	
Ung. 50% St.-Eisenb.-Anl.	5	67,75	bz	
Winnische 10 Thlr.-Loose	5	36,70	B	
Wärken-Loose 23,80	bzB	—		

## Eisenbahn-Prioritäts-Actionen.

	Bank-Papiere.			
Goth. Mark. Serie II.	6	33,00	bz	
do. III. v. St. 3½	5½	23,25	G	
do. VI. 4½	5½	41,50	-11,00	
do. 50% Pr. Kzls. m. 110	5	101,50	bz	
do. do. 4½	92,58	bzG		
Meiningers Präm.-Pfd.	4	104,80	bz	
Zass. Poln. Schatz-Ob.	5	76,80	bz	
do. do. 4½	93,25	G		
Güdd. Bod.-Crd.-Pfd.	5	102,60	G	
do. do. 4½% 4½	98,38	G		

## In Liquidation.

	In Liquidation.			
Berl. Eisenb.-Bd.-A.	0	fr.	9,50	B
D. Eisenbahn-G.	0	fr.	3,90	B
do. Reichs-u. Co.-E.	0	fr.	69,10	bz
Berl. Wochaler-B.	—	fr.	—	
Central. f. Genos.	0	fr.	11,60	G
Deutsche Unionsb.	0	fr.	18,00	G
Gwb. Schuster-u. C.	0	fr.	—	
Moldauer Lds.-B.	0	fr.	13	B
Ostdeutsche Bank	—	fr.	—	
Pr. Credit-Anstalt	0	fr.	—	
Sächs. Cred.-Bank	5½	fr.	103,50	G
Schl. Versch.-bank	0	fr.	98,25	bzG
Leipz. Cred.-Ans.	5½	fr.	166,00	B
Luxemburg. Bauk.	2	fr.	75,50	bz
Magdeburger do.	2	fr.	133,00	G
Meiningen. do.	2	fr.	71,50	bz
Nordd. Grunder-B.	8	fr.	37,75	G
Oberlausitzer Bk.	3	fr.	87,50	bz
Oest. Cred.-Actie.	5½	fr.	122,75	G
Poens. Prov.-Bank	6½	fr.	103,80	G
Pr. Bd.-Cr.-Act.-B.	8	fr.	94,90	bz
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	fr.	117,00	bz
Sächs. Bank . . .	5½	fr.	103,30	G
Schl. Bank.-Verein	5	fr.	77,00	bz
Thüringer Bank . .	0	fr.	74,25	G
Weimarer Bank . .	0	fr.	39,25	bz
Wiener Unionsbk.	11½	fr.	97,00	G

## Industrie-Papiere.

	Industrie-Papiere.			
Berl. Eisenb.-Bd.-A.	0	fr.	618	G
D. Eisenbahn-G.	0	fr.	3,90	B
do. Reichs-u. Co.-E.	0	fr.	69,10	bz
Märk. Sch.-Masch.-G.	0	fr.	12,00	bzG
Noivd. Gummifab.	4	fr.	46,60	bz
Westend. Com.-G.	0	fr.	—	
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12½	fr.	85,00	elbzG
Schles. Feuervers.	18	fr.	850	